

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Mag. Harald Schuh
und weiterer Abgeordneter

betreffend **Ein freiheitliches Maßnahmenpaket zur Verbesserung der sicheren Sammlung und Entsorgung von Lithium-Ionen-Akkus und Lithium-Metall-Batterien in Österreich**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 13, Bericht des Umweltausschusses über den Antrag 1002/A(E) der Abgeordneten Carina Reiter, Julia Elisabeth Herr, Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen betreffend Einführung eines einheitlichen EU-weiten Rücknahme- und Anreizsystems für Lithium-Ionen-Akkus zur Erhöhung der Sicherheit, Stärkung der Kreislaufwirtschaft und Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen (618 d.B.) in der 96. Sitzung des Nationalrates, XXVIII. GP, am 23. September 2026

Lithium-Ionen-Akkus sind aus zahlreichen Bereichen des täglichen Lebens nicht mehr wegzudenken. Sie finden sich unter anderem in Mobiltelefonen, Elektrowerkzeugen, Haushaltsgeräten, E-Bikes und E-Scootern. Mit ihrer zunehmenden Verbreitung steigt jedoch auch die Zahl ausgedienter oder beschädigter Akkus, die ordnungsgemäß gesammelt und entsorgt werden müssen.

Eine besondere Gefahr entsteht dann, wenn Lithium-Ionen-Akkus aber auch Lithium-Metall-Einwegbatterien unsachgemäß entsorgt und beispielsweise über den Restmüll in Entsorgungs- und Recyclinganlagen gelangen. Beschädigte Batterien können sich entzünden und erhebliche Brände verursachen. Dadurch entstehen nicht nur beträchtliche Sachschäden, sondern auch zusätzliche Gefahren und Belastungen für Beschäftigte in Entsorgungsbetrieben sowie für Feuerwehren und andere Einsatzorganisationen. Auch der zugrunde liegende Antrag 1002/A(E) stellt diese zunehmende Brandgefahr und die Belastung der Einsatzorganisationen in den Mittelpunkt.

Die sichere Sammlung und Entsorgung gebrauchter Batterien ist daher in erster Linie eine Frage des Brand- und Bevölkerungsschutzes sowie einer funktionierenden österreichischen Abfallwirtschaft. Dafür braucht es keine zusätzlichen komplizierten und kostenintensiven Systeme, sondern eine bessere Nutzung und Weiterentwicklung jener Rückgabe- und Sammelmöglichkeiten, die bereits heute in Österreich bestehen.

Ziel muss es sein, Fehlwürfe im Restmüll deutlich zu reduzieren und gleichzeitig die Rückgabe für die Bevölkerung möglichst einfach und unbürokratisch zu gestalten. Dazu sind insbesondere leicht zugängliche Sammelmöglichkeiten, klare Informationen über bestehende Rückgabestellen sowie eine stärkere Bewusstseinsbildung über die Brandgefahr falsch entsorgter Batterien notwendig.

Gleichzeitig müssen die Erfahrungen der Feuerwehren, Abfallverbände, Gemeinden, Entsorgungsunternehmen und des Handels stärker berücksichtigt werden. Maßnahmen müssen praxistauglich sein und dürfen weder Bürger noch Unternehmen mit zusätzlicher vermeidbarer Bürokratie und neuen finanziellen Belastungen konfrontieren.

Daher wäre ein Freiheitliches Maßnahmenpaket zur Verbesserung der sicheren Sammlung und Entsorgung von Lithium-Ionen-Akkus und Lithium-Metall-Batterien in Österreich mit folgenden Punkten sofort umzusetzen:

1. die bestehenden österreichischen Sammel- und Rücknahmesysteme für Lithium-Ionen-Akkus und Batterien hinsichtlich ihrer flächendeckenden Verfügbarkeit, Sicherheit und Benutzerfreundlichkeit zu evaluieren und erforderlichenfalls weiterzuentwickeln;
2. Maßnahmen zu setzen, um die Zahl falsch entsorgter Batterien insbesondere im Restmüll zu reduzieren und dadurch die Brandgefahr in Abfallbehandlungs- und Recyclinganlagen zu verringern;
3. gemeinsam mit Ländern, Gemeinden, Abfallverbänden, Feuerwehren, Entsorgungsunternehmen und Handel praxistaugliche Verbesserungen bei Sammlung, Lagerung, Transport und Behandlung von Batterien mit erhöhter Brandgefahr zu erarbeiten;
4. bestehende Sammelmöglichkeiten für die Bevölkerung besser sichtbar und leichter zugänglich zu machen und insbesondere eine flächendeckende, wohnortsnahe Rückgabe sicherzustellen;
5. verstärkte Informations- und Aufklärungsmaßnahmen über die Gefahren einer unsachgemäßen Entsorgung von Batterien sowie über die bestehenden Rückgabemöglichkeiten durchzuführen;
6. technische Maßnahmen zur frühzeitigen Erkennung und Vermeidung von durch Batterien verursachten Bränden in Abfall- und Recyclinganlagen zu prüfen und deren praktische Umsetzung zu unterstützen; die bestehenden österreichischen Sammel- und Rücknahmesysteme für Lithium-Ionen-Akkus und Batterien hinsichtlich ihrer flächendeckenden Verfügbarkeit, Sicherheit und Benutzerfreundlichkeit zu evaluieren und erforderlichenfalls weiterzuentwickeln;

Bei sämtlichen Maßnahmen ist darauf Bedacht zu nehmen, bestehende Strukturen bestmöglich zu nutzen und zusätzliche bürokratische sowie finanzielle Belastungen für Bürger, Gemeinden und Unternehmen möglichst zu vermeiden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, wird aufgefordert das gegenständlichen Maßnahmenpaket zur Verbesserung der sicheren Sammlung und Entsorgung von Lithium-Ionen-Akkus und Lithium-Metall-Batterien in Österreich umzusetzen.“


(SCHUT)


(OBERLECHNER)


(THAU)
Irina A. Berger
CINA ANGELO BERGER